

**Tagesordnung I Punkt 5 der öffentlichen Sitzung am 12.02.2004**

Vorlage Nr. 04-F-24-0003

**Sparkassenversicherung**

**- Gemeinsamer Antrag der Stadtverordnetenfraktionen von CDU, SPD, FDP und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN vom 05.02.2004 - □**

Der Ältestenausschuss empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung zu beschließen:

1. Der Magistrat wird gebeten, alles in seiner Macht stehende zu tun, um den Erhalt der durch Fusionspläne in Frage gestellten Arbeitsplätze der Sparkassenversicherung in Wiesbaden zu sichern. Unter anderem wird der Magistrat gebeten, die bereits angelaufene Unterschriftenaktion zum Verbleib der Sparkassenversicherung in Wiesbaden durch Auslage der Unterschriftenliste im Rathaus zu unterstützen.
2. Der Magistrat wird insbesondere gebeten, alles zu tun, damit das Geschäftsgebiet Rheinland-Pfalz bei der Sparkassenversicherung verbleibt. Der Magistrat möge sich zu diesem Zweck bei den Ministerpräsidenten der Bundesländer Hessen und Rheinland-Pfalz dafür einzusetzen, dass die gesetzlichen Regelungen zum Geschäftsgebiet der öffentlichen Versicherer diesbezüglich nicht verändert werden.
3. Die Vertreter der Stadt in den Gremien der Sparkassenversicherung werden gebeten, einer Fusion der Sparkassenversicherung Hessen-Nassau-Thüringen mit der Sparkassenversicherung Baden-Württemberg nicht zuzustimmen, bevor ein tragfähiges Geschäftskonzept vorliegt, das deutlich macht, warum eine Fusion im Interesse der hessischen Sparkassenorganisation liegt. Für den Fall, dass es zu einer Fusion kommt, wird der Oberbürgermeister gebeten, in den Gremien darauf hinzuwirken, dass ein Konsortialvertrag abgeschlossen wird, wonach der bereits für Wiesbaden zugesicherte Vorstandssitz sowie die Anzahl der Stellen nicht ohne Zustimmung Wiesbadens verändert werden darf.

---

**Beschluss Nr. 0076**

Der gemeinsame Antrag der Stadtverordnetenfraktionen von CDU, SPD, FDP und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN vom 05.02.2004 betr.

Sparkassenversicherung

wird angenommen.

Dem Magistrat  
mit der Bitte um weitere Veranlassung

Wiesbaden, . 02.2004

**Dieser Beschluss ist in das Beschlussmanagement aufgenommen.**

Thiels  
Stadtverordnetenvorsteherin

Der Magistrat  
-16-

Wiesbaden, .02.2004

Dezernat I  
mit der Bitte um weitere Veranlassung

Diehl  
Oberbürgermeister